

Vorlage
für die Sitzung
der staatlichen und städtischen Deputation für
Soziales, Kinder und Jugend
am 14.11.2014

Konzept zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014
Hier: Auswirkungen auf den PPL 41 – Jugend und Soziales

A. Problem

Der Senat hat sich am 30.09.2014 und der Haushalts- und Finanzausschuss am 17.10.2014 mit dem Konzept zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014 befasst. Basis sind die Controllingberichte 1-6 der Ressorts. Für den Gesamthaushalt bestehen lt. der einschlägigen Vorlage des Haushalts- und Finanzausschusses Risiken von 102,7 Mio. € (inkl. Auswirkungen der Besoldungsanpassung von 30,0 Mio. €).

Die Risiken/Mehrbedarfe im Gesamthaushalt werden wie folgt aufgelöst:

- | | |
|---|-------------|
| 1. (Teil-) Inanspruchnahme der Planungsreserve: | 9,0 Mio. € |
| 2. Verwendung von Zinsminderausgaben | 64,4 Mio. € |
| 3. Sonstige zentrale und dezentrale Lösungen | 29,3 Mio. € |

Kreditaufnahme oder die Heranziehung von Steuermehreinnahmen sind nicht Bestandteil der Lösungen.

Für den PPL 41, Jugend und Soziales, bestanden lt. Controllingbericht 1-6/2014 folgende Risiken/Mehrbedarfe zum damaligen Stand ohne absehbare Deckung:

- | | |
|--|-----------------------------|
| 1. Sozialleistungen | 33,8 Mio. € (Nettomehrdarf) |
| 2. Kindertagesbetreuung Tarifeffekte TVÖD | 3,9 Mio. € |
| 3. Kindertagesbetreuung weiterer Bedarf
aufgrund der Anmeldesituation | 1,5 Mio. € |
| 4. Unterhalt von Spielplätzen | 0,4 Mio. € |
| 5. Personalausgaben | 0,9 Mio. € |

B. Lösung

Mit dieser Vorlage wird die erforderliche Beteiligung der Fachdeputation Soziales, Kinder und Jugend sichergestellt.

Die unter A. genannten Risiken sind inhaltlich und betragsmäßig teilweise neu bewertet worden und werden wie folgt aufgelöst:

Sozialleistungen und Kindertagesbetreuung (1.-3.): Deckung durch zentrale Mittel gem. Lösungskonzept des Senats.

Unterhalt von Spielplätzen und Personalausgaben (4.-5.): Diese Risiken haben sich nach aktueller Einschätzung aus verschiedenen Gründen deutlich reduziert bzw. es haben sich Ausgleichsmöglichkeiten ergeben. Es ist geplant, diese vollständig im Produktplanbudget abzudecken.

Des Weiteren muss sich das Ressort an der (Teil-)Inanspruchnahme mit einem Betrag von 0,698 Mio. € beteiligen.

Die Abdeckung erfolgt aus aufgrund der Haushaltssperre bisher nicht verpflichteten Mitteln und sich daraus ergebenden sowie anderen Minderausgaben aufgrund anderer Entwicklungen im Mittelabfluss. Die Beteiligung an der Umlage ist alternativlos und erfolgt ohne Einschränkungen für die Empfänger von Leistungen oder für bestehende Zuwendungen des Ressorts.

Darstellung der Umlage (siehe auch Anlage):

Produktgruppe 41.01.02, Tagesbetreuung	0,250 Mio. €
Produktgruppe 41.04.01, Präventive und offene Altenhilfe	0,097 Mio. €
Produktgruppe 41.04.04, Investitionsförderung für Einrichtungen	<u>0,351 Mio. €</u>
	<u>0,698 Mio. €</u>

Nach Meldung der Erbringung des Umlageanteils hat die Senatorin für Finanzen die Haushaltssperre des Senats für den PPL 41 aufgehoben.

Sozialleistungen:

Die zentral abzudeckenden Anteile am Risiko (Nettomehrbedarf) gem. Lösungskonzept sind bei der Senatorin für Finanzen beantragt worden.

Der haushaltsneutrale Budgetausgleich insgesamt wird wie in den Vorjahren auch in den Haushalten L+G Bremen der Sozialleistungen durch die Senatorin für Finanzen in Abstimmung mit der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen im 13. Monat vorgenommen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle u. personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Die dargestellten Risiken und Mehrbedarfe werden aufgelöst.

Eine genderbezogene Prüfung der Sachlage hat ergeben, dass im Rahmen dieser Berichterstattung keine geschlechtsspezifischen Problemstellungen berücksichtigt werden müssen.

E. Beteiligung/Abstimmung

Das Verfahren zur Realisierung einer Umlage zur Erbringung von Anteilen an der Planungsreserve ist von der Senatorin für Finanzen vorgegeben. Die Ressortmeldung über die Erbringung des Umlageanteils wurde von der Senatorin für Finanzen anerkannt und als Grundlage für die Aufhebung der Haushaltssperre für den Produktplan 41, Jugend und Soziales, verwendet.

F. Beschlussvorschlag

1. Die staatliche und städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die Berichterstattung zum „Konzept zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014, hier: Auswirkungen auf den PPL 41 – Jugend und Soziales“ zur Kenntnis.
2. Die staatliche und städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend stimmt den unter B genannten Umlageanteilen zu und ermächtigt die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zur Durchführung aller zur Ausgestaltung des „Konzepts zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014“ im Detail notwendigen haushaltsrechtlichen Schritte.

Anlage

Anlage

PGR	Haushaltsstelle	Zweckbestimmung	Anschlag	Einsparung/ Heranziehung Mehreinnahme
41.01.01	3432/68411-2	Zuschüsse an Freie Träger zum Betrieb von Kindertagesstätten	41.500.000,00	250.000,00
41.04.01	3411/68412-0	Zuschüsse an Initiativen von älteren Menschen	40.000,00	5.000,00
41.04.01	3411/68415-5	Aufsuchende Altenarbeit "Hausbesuche"	220.000,00	65.000,00
41.04.01	3411/89310-2	Zuschüsse für Investitionen für Dienstleistungszentren und Begegnungsstätten	70.000,00	27.000,00
41.04.04	0401/89320-2	Investive Zuschüsse aus dem Fonds f. Innovation u. Strukturverb. in der Altenhilfe	375.000,00	54.000,00
41.04.04	0401/89310-5	Investitionskostenzuschüsse infolge der Einführung der Pflegeversicherung	1.673.990,00	297.000,00
				698.000,00